

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei 12wöchiger Abnahme im Voraus für Deutschland 3,60 M., im Voraus für den Rest der Welt 4,20 M. für das Ausland 4,80 M. jährlich. Bestellungen, die nicht im Voraus bezahlt werden, sind mit 10% Aufschlag zu versehen. Die Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 80b.

Die abgegriffene Kopierpresse aber beim Kauf kostet 5,- M. einschließlich Transportkosten. Kleine Anzeigen: Das Letztverbleibende Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M. einschließlich Transportkosten. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 2,25 M., jedes weitere Wort 1,- M. in Wort-Anzeigen: Das Letztverbleibende Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Fernsprecher: Zentrum 15230-15239

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Generalstreik in England

Beginn am Freitag

London, 13. April. (Kenter.)

Der Arbeiterdreibund hat beschlossen, daß der Ausstand am Freitag abend um 10 Uhr beginnen soll.

Dazu wird aus London weiter berichtet:

Die Verhandlungen zwischen Unternehmern und Arbeitervertretern der Bergwerke sind abgebrochen worden, da die beiden Parteien sich nicht einigen konnten. Die Führer des Dreiverbandes hatten heute noch eine längere Beratung, als deren Ergebnis die Mitteilung zu verzeichnen ist, daß am Freitag abend 10 Uhr der allgemeine Streik des Dreiverbandes beginnt. Die gemeinsamen Konferenzen wurden streng geheim gehalten. Heute wird jedoch bekannt, daß der Grund für das Scheitern der Regierungsvermittlung darin zu suchen ist, daß die Bergarbeiter nicht von dem Grundsatz einer gleichmäßigen Lohnregelung im ganzen Lande abweichen wollten, während die Arbeitgeber das Prinzip der Distriktoverlegung aufrechterhielten.

Rundgebungen der Arbeiterverbände

Bereits gestern veröffentlichte der Dreiverband eine Rundgebung, in der er zu verstehen gibt, daß er unter keinen Umständen eine Herabsetzung der Löhne seiner Mitglieder unter den Lebensverhältnissen zulassen würde und bis zum nächsten jeden Antritt auf die Organisation der Gewerkschaften und ihre Existenzmöglichkeiten schließen würde.

Eine weitere Rundgebung erläßt der Eisenbahnerverband. Er warnt darin seine Mitglieder, „den allgemeinen Phrasen der Eisenbahndirektoren Vertrauen zu schenken“, da diese

sich in ihrer Bekanntmachung ja nur dazu verpflichten, sich über eine neue Lohnregelung bei Fälligkeit der Regierungskontrolle mit den Arbeitern zu einigen. Damit erklären sie aber nichts anderes, als daß sie unter allen Umständen den Lohn herabsetzen wollen. Es handelt sich also eher um eine Kriegserklärung an die Eisenbahner als um ein Versprechen.

Eine dritte Rundgebung kommt vom Bergarbeiterverband. Darin wird auseinandergesetzt, der Premierminister habe die vereinigte Arbeiterchaft einer Bedrohung der Nation beschuldigt. Wir antworten, heißt es in dem Aufruf weiter, daß, wenn das Wohl der Nation bedroht sein sollte, dies nicht durch die Arbeiter, sondern durch die Regierung bedroht wird.

„Daily Herald“ beschuldigt in seinem Kommentar zu der jetzt erscheinenden Lage Lord George, systematisch die Situation geschaffen zu haben, durch die die Kohlenindustrie zusammengebrochen sei, um diesen ungünstigen Zeitpunkt zu einer bedrohlichen Herabsetzung der Löhne der gesamten Arbeiterchaft zu benutzen. Nicht die hohen Löhne, sondern das Abkommen von Spaa habe dazu geführt, daß die englische Kohlenindustrie unrentabel wurde. Im früheren englischen Absatzgebiet seien jetzt im Überflut deutschen Kohlen.

Krise in der Metallindustrie

Wie der Londoner Korrespondent des „Manchester Guardian“ berichtet, droht auch in der Metallindustrie Englands eine ernste Krise. Die Vertreter der Gewerkschaften und der Arbeitgeber berieten Ende der vorigen Woche gemeinsam über Lohnregelung. Vonseiten der Arbeitgeber wurde verlangt, daß die Gewerkschaftsführer die Tarifstreiks in der Industrie abblasen sollten, was jedoch abgelehnt wurde. Daraufhin weigerten sich die Arbeitgeber weiter zu verhandeln. Es besteht die Möglichkeit, daß der Konflikt sich auf die gesamte Metallindustrie erstrecken wird.

Die französischen Sozialisten für die internationale Wiedergutmachung

Paris, 13. April.

Auriol reichte in der Kammer einen Antrag der sozialistischen Gruppe ein, der die Regierung auffordert, die diplomatischen Verhandlungen zur Wiedergutmachung der Wiederverstärkungsarbeiten wieder aufzunehmen. Die Arbeiten sollen in den von der sozialistischen und gewerkschaftlichen Konferenz in Amsterdam angegebenen Richtlinien erfolgen.

Gegen die 50 prozentige Ausfuhrabgabe

Paris, 13. April.

Der französische Kammer lag heute vormittag der Gesetzentwurf über die Einführung der 50proz. Ausfuhrabgabe vor. Der Berichterstatter Heron verteidigte den Regierungsentwurf, er tat dies aber mit dem Bemerkten, daß er die Einführung einer 12proz. Abgabe lieber gesehen hätte. Die deutsche Regierung, sagt der Berichterstatter, scheint entschlossen zu sein, die Wirkung der 50proz. Ausfuhrabgabe aufzuheben. Deshalb müßten neue Maßnahmen in Aussicht gestellt werden, um dem schlechten Willen Deutschlands in dieser Hinsicht zu begegnen. Es bleibe zu hoffen, daß Deutschland in seinem eigenen Interesse nachgeben werde.

Alle Redner sprachen sich in der entschiedensten Weise gegen den Regierungsentwurf aus, da dieser gegen die Interessen Frankreichs gerichtet und nur dem England dienlich sei. Die unabweisliche Folge werde die Verteuerung der Lebenshaltung in Frankreich sein. Der französische Verbraucher werde es in Zukunft sein, der die Kosten dieser Laxe zu tragen haben werde. Wenn man den Forderungen der deutschen Verkäufer nachgeben und die 50proz. Laxe durch die französischen Importeure zahlen lassen müßte, andererseits sei man gezwungen, die Waren aus Ländern mit höherer Wertaue, wie z. B. aus England zu beziehen. Schließlich gab der Abgeordnete Boech der Befürchtung Ausdruck, daß Deutschland die Waren in neutralen Ländern werde umarbeiten lassen, um so den Wirkungen der Abgabe zu entgehen. Die sozialdemokratische Partei ließ durch ihren Redner Blum erklären, daß sie den Gesetzentwurf ablehnen werde.

Die Debatte wird morgen fortgesetzt werden.

Stürmische Sozialistentagung in Madrid

Madrid, 13. April. (Savaas.)

Die gestrige Abend Sitzung des sozialistischen Parteitages dauerte bis Tagesanbruch. Die Beratung eines Briefes des Parteivorstehenden Pablo Iglesias, welcher die Verbesserung der zwei Bedingungen von uns empfahl, verursachte einen heftigen Tumult, die Polizei mußte einschreiten, um mehrere Abgeordnete, die einander in die Haare geraten waren, auseinanderzureißen. Gleichzeitig stimmte der äußerste linke Flügel wieder auf den Sozialismus und auf die Anarchie ab. Schließlich mußte der Vorsteher die Sitzung aufheben.

angeht, der immer wiederkehrenden Zwischenfälle und der Unmöglichkeit, zu einer Verständigung unter den verschiedenen Richtungen zu gelangen.

Die Zeitungen wachen, daß trotz der Haltung der gemäßigten Gruppe, die bei einer Abstimmung über eine Frage der inneren Politik mit dem Extremisten links, der Vorhänger von Pablo Iglesias eine Mehrheit von über 2000 Stimmen erzielte.

Die Waffen der Reaktion

320 000 Mann bayerische Einwohnerwehr

München, 13. April.

Im Hauptausschuß des bayerischen Landtages wurde heute die Einwohnerwehr-Debatte fortgesetzt. Staatssekretär Dr. Schwener stellte fest, die gegenwärtige Stärke der Einwohnerwehr betrage 320 000 Mann. An Waffen seien vorhanden

- 240 000 Gewehre und Karabiner,
- 2780 Maschinengewehre,
- 44 leichte Geschütze und
- 34 Minenwerfer.

Diese Bewaffnung der Einwohnerwehr, die übrigens vorwiegend ausgemacht sei, bedeute sicherlich keine politische Gefahr (? Die A. d. F.). Die eingestellten Einwohnerwehrlisten lieferten ihren Dienst unentgeltlich und ehrenamtlich. Nur 10 Proz. ehemaliger Offiziere befänden sich unter den Führern. Eine Verwendung außerhalb des Landes sei ausgeschlossen. Die Staatsregierung und Einwohnerwehr seien sich einig, daß die Entwaffnung der Einwohnerwehr eine Frage der Zeit sei. Die Notwendigkeit der Einwohnerwehr sei hinlänglich, sobald die französischen Sicherheitsleistungen so weit gestärkt seien, daß sie als entbehrlich erscheinen könne. Solange das aber nicht der Fall ist, würde die bayerische Regierung durch Verzicht auf den Selbstschutz eine große Verantwortung auf sich laden.

In der darauffolgenden Debatte erklärte Abg. Imm (Soz.) u. a., daß die Einwohnerwehr eine einseitige Kampforganisation gegen die Arbeiter sei und polemisch gegen die Politik der bayerischen Regierung, deren Folgen keine Partei ablehnen müsse, und aus diesem Grunde auch die Positionen für 1920.

Abg. Held (bayer. Volkspartei) erklärte, der Ministerpräsident hätte größtenteils keine Pflicht verletzt, wenn er sich auf den Standpunkt der Entbehrlichkeit der Einwohnerwehr gestellt hätte. Die Ereignisse in Mitteldeutschland hätten die Reichsregierung veranlaßt, in der Entwaffnungs- bzw. Einwohnerwehrfrage neue Verhandlungen mit der Entente anzuknüpfen. Solange deren Ergebnis noch nicht feststehe, wäre es selbstmörderisch, die Einwohnerwehr aufzuheben.

Abg. Hammer-Goldt sagte die Demokraten händen auf dem Standpunkt, daß die Einwohnerwehr zurzeit noch erhalten werden muß. Es dürfe aber wegen der Einwohnerwehr zu keinen Trübungen zwischen Bayern und dem Reich kommen. — Abg. Dr. Pflger (Mittelpartei) erklärte es für ausgeschlossen, die Einwohnerwehr jetzt aufzulösen.

Die Ursachen des englischen Bergarbeiterstreiks

D. P. Nach monatelang geführten und schließlich ergebnislos verlaufenen Verhandlungen sind die englischen Bergarbeiter am 1. April geschlossen in den Abwehrstreik getreten. Nach den Zeitungsmeldungen könnte man annehmen, als ob die Lohnfrage der Grund zu diesem Streik sei. Das trifft aber nicht ganz zu. Wohl war die beabsichtigte Lohnsteigerung die äußere Veranlassung, aber die eigentliche Ursache dieser Massenbewegung liegt tiefer und ist in der Hauptsache in den von Unternehmern und Regierung gefürchteten Bestrebungen der englischen Bergarbeiter auf Nationalisierung — dieser Begriff deckt sich im allgemeinen mit der von uns geforderten Sozialisierung — des Kohlenbergbaues zu suchen.

Wie in allen kriegsführenden Ländern, so sank auch in England nach Kriegsbeginn die Kohlenförderung und gleichzeitig stiegen die Kohlenpreise scharf in die Höhe. Um diesen Vorkäufen wirksam entgegenzutreten zu können, stellte die englische Regierung nach verschiedenen anderen Abstellungsversuchen Anfang 1917 den gesamten englischen Bergbau unter staatliche Aufsicht. Ausschlaggebend für diese Maßnahme waren auch die ständig drohenden Streikunruhen in dem Bergbaubezirk Süd-Wales. Mit der Übernahme der Gruben garantierte die Regierung den Unternehmern einen Mindestgewinn, der dem Durchschnitt der in den letzten Vorkriegsjahren erzielten Profite entsprach. Die Unternehmer führten dabei nicht schlecht. Nach den im Jahre 1918 angefertigten Berechnungen hatten sich gegenüber der Vorkriegszeit die Profite verdreifacht, während die Löhne der Bergarbeiter bis zum Jahre 1919 nur um 100 Prozent, gegenüber einer Erhöhung der Lebenshaltungskosten von 120 Prozent, gestiegen waren. Das Wichtigste bei der ganzen Staatskontrolle war, daß die Regierung die letzte Entscheidung in Lohnfragen hatte, und deshalb in gewissem Sinne den im Bergbau beschäftigten Personen gegenüber als Arbeitgeber auftrat. Trotz aller Maßnahmen ging aber die Förderung während des Krieges ständig zurück.

Nach dem Kriege war ein erheblicher Förderrückgang und ein sehr verschärftes Verhältnis zwischen Beheberrern und Arbeitern festzustellen. Die Bergarbeiter hatten während der Kriegszeit ihre Machtstellung nicht ausgenutzt, aber sofort nach Kriegsende setzte der Kampf ein. Im Januar 1919 stellten die Bergarbeiter ihre Forderungen und verlangten unter anderem die Verkürzung der Arbeitszeit um 2 Stunden und eine 30prozentige Lohnerhöhung. Daneben lautete ihre Hauptforderung auf Nationalisierung aller Kohlenbergwerke und Mineralvorkommen. Damit wurde das Sozialisierungsproblem aus dem Rahmen der theoretischen Erörterungen herausgerückt und von dem Bergarbeiterverband als Tagesforderung auf den Schild erhoben. Damit begann zugleich für die englischen Gewerkschaften eine neue Periode im Kampf um die Verwirklichung des Sozialismus. Die Transportarbeiter und die Eisenbahner erklärten sich mit den Bergarbeitern solidarisch. Die Gefahr erkennend, die in dem gemeinsamen Vorgehen dieser drei Arbeitergruppen lag, bot die Regierung alles auf, um den drohenden Massenstreik angesichts der herrschenden Kohlennot zu verhindern. Sie setzte die bekannte, mit außerordentlichen Vollmachten ausgestattete Sankey-Kommission — benannt nach ihrem Vorsitzenden Sankey, einem Richter am obersten Gerichtshof — zur Untersuchung der gesamten Verhältnisse des Bergbaues ein. In ihrem vorläufigen Bericht schlug diese Kommission anstelle der geforderten 30prozentigen Lohnerhöhung eine solche von 20 Prozent und außerdem eine Verkürzung der Arbeitszeit um eine Stunde vor. Nur zu leicht ist zu verstehen, daß die Forderung auf Nationalisierung des Kohlenbergbaues in den Vordergrund der Untersuchung dieser Kommission stand. In dieser Frage kam die Mehrheit der Sankey-Kommission zu dem Ergebnis, daß nach den umfangreichen Zeugenaussagen das heute bestehende System der Besitz- und Betriebsverhältnisse im Bergbau als veraltet ist erscheint, und an seine Stelle ein anderes System treten müsse, entweder Verstaatlichung oder eine Methode der Vereinheitlichung durch staatlichen Erwerb und gemeinsame Kontrolle. Es läge auch im Interesse des Landes, wenn die Bergarbeiter einen wirksamen Anteil an der Leitung der Bergwerke erhalten würden.

Nachdem die Regierung erklärt hatte, daß sie den Sankey-Bericht „dem Sinne und dem Buchstaben nach“ annehme, beschloßen die Bergarbeiter, auf Anraten der Führer, einen abermaligen Aufbruch des Streiks, bis die Kommission ihren endgültigen Bericht erstattet habe. Die von Sankey vorgeschlagene Lohnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit führte die Regierung sofort durch. Von den Berichten, die aus den weiteren Beratungen der Sankey-Kommission über eine neue Verfassung für den Bergbau hervorgingen, sind für uns derjenige des Bergarbeitervertreter Strafer und der des Kommissionsvorsitzenden Sankey ganz besonders beachtenswert. Beide Berichte haben als Grundlage die Ausschaltung des Privat-

kapitals aus dem Bergbau und die Durchführung der Verwaltung und der Betriebsführung nach gemeinwirtschaftlichen Grundsätzen. Die Arbeitnehmervertreter stellen sich im allgemeinen unter einigen radikalen Vorbehalten hinter den Vorschlag von Sanfen.

Bei der privatkapitalistischen Struktur des englischen Wirtschaftslebens ist es erklärlich, daß nach Bekanntgabe der Berichte ein heftiger Kampf in der Öffentlichkeit um das Problem der Nationalisierung des Bergbaues einschloß. Die Zechenbesitzer liefen dagegen Sturm und wurden in ihren Bemühungen von sämtlichen Unternehmern der anderen Industriezweige lebhaft unterstützt. Der englische Gewerkschaftskongress in Glasgow im September 1919 forderte energisch die Nationalisierung und erklärte sich grundsätzlich bereit, zwangsweise Durchführung dieser Forderung zur direkten Aktion zu schreiten. Die englische Regierung handelte wie die deutsche in der Frage der Sozialisierung, indem sie einfach ihr früheres Versprechen, den Sanfen-Bericht „dem Sinne und dem Buchstaben nach“ anzunehmen, nicht hielt. Sie erklärte sich für eine Verstaatlichung der Kohlenvorkommen, wollte aber die Ausbeutung der Kohlenvorkommen den Zechenbesitzern wie bisher überlassen.

Von der Arbeiterschaft wurde aktiv nichts unternommen, um die Nationalisierung durchzusetzen; man beschränkte sich lediglich auf einen Propagandabefehlzug. Es soll hier nicht erörtert werden, ob es den englischen Bergarbeitern an der nötigen Initiative fehlte, um ihre Forderung zu verwirklichen. Eins sei nur festgestellt, und das ist ganz besonders wichtig für die deutsche Arbeiterschaft im Kampf um die Sozialisierung des deutschen Bergbaues: Die Arbeiter der übrigen Industriezweige Englands brachten diesem Problem nicht das erforderliche Verständnis entgegen, sie sahen die Nationalisierung der Bergwerke zu sehr als eine Frage der Bergarbeiter an. Dieses Moment mag dem englischen Bergarbeiterverband von Aktionen nach dieser Richtung hin abgehalten haben. Die deutsche Arbeiterschaft sollte daraus die richtige Lehre ziehen und die Forderung auf Sozialisierung der Kohle zu der ihrigen machen. Sonst ist der Kampf aussichtslos. Mit der Sozialisierung des Bergbaues, der Grundlage unserer gesamten Wirtschaft, wird die Herrschaft des Privatkapitalismus gebrochen, das wissen die Unternehmer ganz genau und deshalb ist das Ringen so schwer.

Im Februar 1920 stellten die Bergleute neue Lohnforderungen, die zum Teil von der Regierung erfüllt wurden. Bereits im Juli beantragten sie erneut eine weitere Erhöhung der Löhne. Die Verhandlungen darüber waren sehr schwierig und zogen sich bis Oktober hin. Schon damals konnte man erkennen, daß die Gegensätze zwischen der Regierung und den Zechenbesitzern einerseits und den Bergarbeitern andererseits sich außerordentlich verschärft hatten; denn der Bergarbeiterverband hatte die Forderung auf Nationalisierung nicht fallen gelassen, sondern nur zurückgestellt. Die Regierung sprach sich für eine Erhöhung der Löhne aus mit der Maßgabe, daß diese Erhöhung von einer Steigerung der Förderung abhängig gemacht werde. Die Bergarbeitervertreter wandten dagegen ein, daß die Höhe der Kohlenförderung keineswegs ausschließlich von den Arbeitern abhängt, erkannten aber schließlich den Vorschlag von Lord George als Verhandlungsgrundlage an. Da über die Fördergrenze, die sogenannte Datumlinie, keine Einigung erzielt werden konnte, traten die Bergarbeiter Mitte Oktober 1920 in den Streik.

Ein Abkommen zwischen Regierung und Bergarbeitern auf folgender Grundlage beendete die Bewegung: „bedingungslose Anerkennung der Lohnforderungen bis zum 8. Januar 1921. Von diesem Zeitpunkt ab Festlegung der Löhne alle 4 Wochen nach Maßgabe der Exportziffern. Bis zum 31. März 1921 ist ein Plan für die künftige Entlohnung auszuarbeiten.“ Diese Vereinbarung läßt erkennen, daß sie nur ein Provisorium darstellt und die Krise wurde damit keineswegs endgültig behoben.

Die nachfolgende Zeit ergab folgendes Bild. Regierung und Zechenbesitzer hatten gar nicht den ernststen Willen, eine vernünftige Basis für ein künftiges Zusammenarbeiten mit den Bergarbeitern zu finden. Die Regierung leitete den Kampf ein, wobei ihr die allgemeine Weltwirtschaftskrise, die einen Kohlenabfallmangel und Stillelegung von Reben zur Folge hatte, zu Hilfe kam. Entgegen früherer Versprechungen wurde durch Gesetz mit Wirkung ab 1. April 1921 die staatliche Aufsicht über den Bergbau aufgehoben. Damit entledigte sich die Regierung ihrer Eigenschaft als Arbeitgeber und gewährte den Zechenbesitzern freie Hand. Die Unternehmer kündigten unter Hinweis auf die angeblich schlechte Rentabilität der Gruben die bestehenden Lohnverträge und erklärten, sich nur auf eine neue Festsetzung der Löhne in den einzelnen Bezirken einlassen zu können. Gleichzeitig veranlaßten sie beträchtliche Lohnherabsetzungen, z. B. für die Reviere Northumberland und Süd-Wales einen Lohnabbau von 5 bzw. 7 Schilling; den Hauptwert setzten sie auf die Beseitigung der bestehenden einheitlichen Mindestlöhne.

Für die Bergarbeiter waren diese Angebote natürlich ganz unannehmbar, wollten sie nicht aller tariflichen Errungenschaften verlustig gehen. Sie forderten, anstelle der von den Zechenbesitzern vorgeschlagenen Individuallöhne bei bezirkslicher Regelung, Mindestlöhne, und zwar gleichmäßig für das ganze Land. Weiterhin verlangten sie zur Regelung der Mindestlöhne ein nationales Lohnamt mit einer Ausgleichsstufe für den gesamten Bergbau, aus der den schlecht arbeitenden Gruben Zuschüsse aus den Hebergemeinen der ertragreichen Bergwerke zu gewähren sind. Diese letzte Forderung bedeutete zugleich die weitere Aufrechterhaltung der Staatskontrolle über den Bergbau.

Angesichts dieser diametral gegenüberstehenden Forderungen war eine Einigung undenkbar und von der Regierung und den Unternehmern auch gar nicht gewünscht. Die Grubenarbeiter haben den Kampf aufgenommen und sind am 1. April geschlossen in den Streik getreten. Die Pläne der Herrschenden waren darauf angelegt, die Bergarbeiter um ihre sämtlichen sozial- und wirtschaftspolitischen Errungenschaften zu bringen. Dies durfte der Dreibund nicht dulden. Seine Macht zwang schließlich die Regierung zu neuen Verhandlungen. Diese sind jetzt gelichtet. Die Eisenbahner und Transportarbeiter haben für Freitag den Streik erklärt. Der riesige Wirtschaftstempel der Geschichte steht bevor...

Landeshauptmannwahl für die Provinz Sachsen. Der Provinziallandtag der Provinz Sachsen wählte in seiner Sitzung am Mittwoch den Landtagsabgeordneten Dezer auf 12 Jahre zum Landeshauptmann der Provinz Sachsen. Er erhielt 82 Stimmen der Demokraten, des Zentrums, der Sozialdemokraten und Unabhängigen. Sein Gegenkandidat, Conrad Wegener, erhielt 39 Stimmen der Rechtsparteien.

Rein früherer Zusammentritt des Reichstages

Der Senatorenkonvent des Reichstages nahm am Mittwoch zu dem Antrag der unabhängigen Fraktion, auf sofortige Einberufung des Reichstages, Stellung. Die Genossen Crispian und Ledebour begründeten unseren Antrag mit der Notwendigkeit, zur auswärtigen Krise schleunigst Stellung zu nehmen und eine sofortige Aufhebung der Ausnahmeerichte herbeizuführen. Adolph Hoffmann schloß sich unseren Genossen an. Alle bürgerlichen Parteien, Arm in Arm mit ihnen Hermann Müller als Vertreter der Rechtssozialisten, nahmen gegen unseren Antrag Stellung. Gen. Rosenfeld wies darauf hin, daß es für zahlreiche Verhältnisse von Rosenfeld wies darauf hin, daß es für zahlreiche Verhältnisse von entscheidender Bedeutung sein würde, wenn der Reichstag schon am Freitag dieser Woche und nicht erst am nächsten Mittwoch zusammentreten würde. Der Raschheits muß schleunigst ein Ende gemacht werden, die Ausnahmeerichte seien drauf und dran, die ganze Presse in Gefahr zu bringen. Der Staatsanwalt im Berliner Ausnahmegericht sei sogar dazu übergegangen, aus der Rotationsmaschine, auf der die „Kote Fahne“ gedruckt werde, Teile herauszunehmen, um dadurch den weitesten Druck der Zeitung unmöglich zu machen, ein Versahren, das jeder gesetzlichen Grundlage entbehre und das niemals, selbst in der Zeit der schlimmsten Sozialistenverfolgungen versucht worden sei. Diesem Staatsanwalt kann nur durch sofortige Aufhebung der Ober-Verordnung das Handwerk gelegt werden. Aber alle Argumente waren vergeblich. Man erklärte, die Abgeordneten hätten sich schon anders eingerichtet und könnten nicht so schnell zusammenberufen werden. Es gelang lediglich durchzusetzen, daß die unabhängige Interpellation wegen der auswärtigen Krise und der Antrag auf Aufhebung des Ausnahmezustandes und der Ausnahmeerichte auf die Tagesordnung der ersten Sitzung des Reichstages vom 20. April gesetzt wurde. Außerdem soll der Antrag der Kommunisten auf Freilassung des Abgeordneten Thomas in dieser Sitzung beraten werden. Der Auswärtige Ausschuss soll am Dienstag nächster Woche zusammentreten.

Die preussische Regierungskrise

Herrn Stegerwald ist die Bildung des Ministeriums auch im Laufe des gestrigen Tages nicht gelungen. Die Deutsche Volkspartei will sich nicht damit zufrieden geben, daß sie nur durch ihr nachstehende Beamtentum vertreten wird; die Rechtssozialisten wiederum wollen mit ausgesprochenen Parteimännern nicht zusammengehen. Dazu kommt, daß das Zentrum schließlich noch immer lieber auf die Mitarbeit der Stinnespartei, als auf das Ministerpräsidium und seinen sehr starken Einfluß in der preussischen Regierung verzichtet würde. So rückt die Erneuerung der alten Koalitionsregierung wieder in den Vordergrund.

Sehr aufschlußreich

RA. meldet: Das Reichskabinett hat in der heutigen Sitzung die politische Situation eingehend erörtern. In der Beurteilung der Lage ergab sich Einmütigkeit. Man sieht, die Zeiten der Geheimdiplomatie sind wirklich vorbei!

Gegen die ober-schlesischen Hetzgerüchte

Der kommandierende General der im Belagerungszustand befindlichen Gebiete Oberschlesiens, General Lecomie Denis, hat eine Verfügung erlassen, wodurch jede Person, die falsche Nachrichten schriftlich oder mündlich verbreitet, vor das außerordentliche Kriegsgericht gestellt wird. Dasselbe trifft jeden Beamten oder Angestellten öffentlicher Verwaltungen oder Schutzkräfte, welcher das Verbreiten falscher Nachrichten duldet oder verdeckt oder, einschließlich aller Polizeiorgane, keinen Vorbehalt.

Die Pressekulis des Großkapitals

Wertvolle neue Ergänzungen über die literarisch bekanntgewordene Auffassung der Nachrichtenbureaus durch die Schwerindustrie und die Sinnierung der deutschen Presse enthält eine Zuschrift Dr. Dammeris, dessen Korrespondenz ebenfalls den Weg zu Sinnes zu gehen gewungen ward. Dr. Dammeris schreibt, daß er allerdings seine Geschäftsstelle an der Dammeri-Verlag G. m. b. H., an den der U. gehörigen Patria-Verlag abgetreten habe, aber nicht freiwillig, sondern unter dem stärksten Druck ganz gegen seinen Willen. Sein Mitgeschäftspartner habe ihm eines Tages angekündigt, er werde seine Anteile an den deutschnationalen Abgeordneten Hugenberg verkaufen, und falls er (Dammeris) seine Zustimmung verweigere, so werde er dem Verlag weiteres Betriebskapital verweigern und den Konkurs erzwingen. Dadurch sah sich Dammeris gezwungen, seinen Besitzteil von 40 Proz. ohne Entschädigung abzugeben und seine leitende Stellung den Verbandsleuten des Herrn Hugenberg zu überlassen.

Nicht minder interessant ist, was Dammeris über die Kulturstellung der Redakteure in diesen sinnestierten Korrespondenz- und Nachrichtenbureaus ausspricht:

„Den meisten Zeitungen wird es ja selbst nicht entgangen sein, welche Tendenzen bei der U. herantreten sind. Seitdem sie in die Hände der Rechtsanwältin Dr. Cremer und des Korrespondentenkapitän von Falkenberg übergegangen ist. Inwiefern der Behauptung des Herrn Dr. Cremer, daß die Dammeri-Verlag G. m. b. H. unverändert weitergeführt werden soll, Vertrauen geschenkt werden kann, dürfte sich schon aus der Mitteilung ergeben, die unmittelbar nach der Übernahme des Verlages von Herrn Dr. Cremer und Korrespondentenkapitän v. Falkenberg den Leitern des Nachrichtenendienstes Herrn Bannach und Herrn Gsell, gemacht worden ist. Es wurde ihnen eröffnet, daß sie den Anweisungen der Direktion über Richtungsverwendung gewisser Nachrichten unbedingt Folge zu leisten hätten, und erwähnt, daß bei Nichtbefolgung die verantwortlichen Leiter des Nachrichtenendienstes „an die Hammelbeine genommen“ würden. Es wurde bezeichnenderweise erklärt, daß derartige Anweisungen der Direktion grundsätzlich nicht schriftlich, sondern nur mündlich gegeben würden, und als Beispiel das Verbot gewisser Nachrichten aus der Montanindustrie angeführt. Herr Bannach hat daraufhin sein Ausschreiben mitgeteilt.“

Woraus erhellt, welche „Gefinnungslosigkeit“ die jungen Leute der Stinnes, Hugenberg, Cremer und Konjorten anzeigt und wie die Öffentlichkeit durch die Schwerindustrie und ihre Organe absichtlich und bewußt irreführt wird. Teils arme, wirtschaftlich abhängige Kerle, teils charakterlose, literarische Gefinnungslumpen sitzen in diesen zentralen Korrespondenzbureaus, die für einen großen Teil der Presse, namentlich für die zahllosen kleinen und mittleren bürgerlichen Blätter im ganzen Lande die einzigen Nachrichtenquellen sind und als Pumpsäcken der öffentlichen Meinung gelten können, und bestärken von hier aus Tag für Tag gegen Bezahlung das Gift der Lüge in die Zeitungen. Der Dreizehner nimmt für lautere Wahrheit, was kein Reichstag ihm mitteilt, und ahnt nicht, daß Verurteilungen der Schwerindustrie diese „Wahrheit“ im Interesse ihrer Auftraggeber für ihn zurechtmachen.

Unsere Genossen mögen diese Zustände nicht unerwähnt lassen, wenn sie bei den zahlreichen Arbeiterlesern dieser Presse für unser Blatt werden.

Gegen die Hermes-Wirtschaft

Ein Protest der Gewerkschaften

Die Spitzenverbände der freien Gewerkschaften haben gemeinsam beim Reichsernährungsminister folgenden Protest eingereicht:

„Die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Afa-Bundes und des Deutschen Bauernbundes protestieren entschieden dagegen, daß bei der Neuregelung der Getreidewirtschaft für das nächste Wirtschaftsjahr die Zwangsbewirtschaftung aufgehoben oder auch nur ein Teil des Brotgetreides nach dem Verlangen der landwirtschaftlichen Unternehmer zum Verkauf freigegeben wird. Mit einer solchen Lockerung in der Bewirtschaftung muß eine sehr erhebliche Verteuerung des Brotgetreides und dementsprechend eine Erhöhung des Brotpreises eintreten. Die weitere Folge müßte naturgemäß wiederum eine allgemeine Erhöhung der Löhne und Gehälter sein, die eine nochmalige allgemeine Preissteigerung bewirken würde.“

Eine Brotpreissteigerung muß die erwerbsfähige Bevölkerung um so härter treffen, als schon durch die allgemeine Preissteigerung im Jahre 1920 sehr erheblich die Lebenshaltung verteuert wurde und gegenwärtig durch die Erhöhung der Preise für Milch und Kohle, ferner durch die Tarifserhöhungen aller Verkehrsanstalten und die in Aussicht stehende Preissteigerung neuer harte Anforderungen gestellt werden.

Um eine weitere Preissteigerung mit ihren schweren wirtschaftlichen und politischen Folgen zu verhüten, fordern die unterzeichneten Vorstände im Namen der Arbeitnehmer Deutschlands unbedingt Festhalten an der Zwangsbewirtschaftung für Brotgetreide und eine Verschärfung der Kontrolle.

Die deutsche Landwirtschaft kann nicht Preise beanspruchen, die einer Ausnutzung der Notlage des Volkes gleichkommen, sie kann auch unter Preisen, die billigen Ansprüchen genügen, die Hebung der Produktion herbeiführen.

Sollte diese Forderung und Mahnung unberücksichtigt bleiben, so lehnen die Unterzeichneten für die dann unausweichlichen Lohn- und Gehaltsforderungen und die daraus resultierenden Kämpfe jede Verantwortung im voraus ab.“

Die deutsche Arbeiterschaft und die deutsche Bauernschaft wenden sich dieser Entschließung der Gewerkschaften und Bauernschaft entschieden entgegen. Mit dieser Entschließung der Gewerkschaften gegen die Hermes'schen Pläne auf Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung für Brotgetreide. Die Regierung muß sich aber darüber im Klaren sein, daß der Versuch der Verwirklichung ihrer Absichten den schärfsten Widerstand aller Arbeiter, Angestellten und Beamten hervorrufen wird.

Selbstherrliche Bürokratie

In der letzten Sitzung des Wirtschaftspolitischen Ausschusses des Reichswirtschaftsrates kam es zu einem öffentlichen Einspruch durch den Oberbürgermeister Dr. Bellan. Anlaß dazu gab ein Erlaß des preussischen Wohlfahrtsministers vom 19. Februar 1921, der „das Ersetzen von Abordnungen der Städte im Ministerium bei Hilfsarbeiten verbietet, weil das die ungebührliche Arbeit des Ministeriums gefährde“. Gerade die Städte und Gemeinden, führte Dr. Bellan aus, seien aber in der Wohnungsfrage in den größten Nöten und müßten sie zu Gehör bringen können. Der Erlaß stelle einen Eingriff in das Selbstverwaltungsrecht dar. Der Vertreter des preussischen Wohlfahrtsministeriums gab als Begründung des Erlasses die starke Arbeitsüberlastung und den Wunsch nach Dezentralisation an. Erst wenn Verhandlungen mit den örtlichen Behörden gelichtet seien, solle an die Zentrale gegangen werden. Dr. Bellan stellte demgegenüber fest, daß in dem Erlaß von dieser Möglichkeit, an die höhere Instanz zu appellieren, nichts enthalten, sondern einfach an die unteren Behörden verwiesen sei, wogegen er Einspruch erhebe.

Dieser Standpunkt des Oberbürgermeisters Dr. Bellan ist vollkommen einwandfrei. Der Erlaß des Wohlfahrtsministeriums ist der Ausfluß einer Bürokratie, der ohne jede Rücksicht auf die öffentlichen Interessen den bürokratischen Geschäftsgang vor unangenehmen und unangenehmen Einflüssen zu schützen sucht. Denn auch das berechtigte Bestreben nach ordnungsgemäßer Erfüllung der Aufgaben kann natürlich niemals so weit gehen, daß den Gemeinden die Möglichkeit genommen wird, mündlich an den entscheidenden Stellen ihre Räte und Beschwerden vorzutragen. Daß auch nur der Versuch zur Beschneidung dieser Möglichkeit unternommen wird, zeigt, daß auch jetzt noch die Gemeinden nicht als Selbstverwaltungskörper, sondern nur als gehorsame Glieder einer selbstherrlichen Bürokratie angesehen werden.

Nach Wilna Ostasien?

EE. Warschau, 13. April.

Wie aus wohlinformierter Quelle verlautet, macht sich in den polnischen maßgebenden Kreisen infolge der jüngsten Ereignisse des Weltkrieges, betreffend die zukünftige handelsrechtliche Stellung Ostasiens, eine heftig wachsende Kernpolitik bemerkbar. Infolgedessen hat man beschlossen, für den Fall einer ungünstigen Entscheidung über die signifikante Frage durch den Obersten Rat, den bekannten polnischen General Josef Haller zu beauftragen, nicht nur in Ostasien, sondern auch in Ostafrika, möglichst vorzuziehen, und auf diese Weise die Entente-mächte vor eine vollzogene Tatsache zu stellen.

Selbsthilfe der italienischen Kriegskrüppel

RU. Rom, 13. April.

Die Kriegskrüppel haben das Gebäude der Direktion der Staatsbahnen besetzt. Sie fordern seit längerer Zeit die Entlassung der weiblichen Angestellten. Die Direktion hat aber immer ausweichend geantwortet. Deshalb erfolgte die Besetzung des Direktionsgebäudes. Heute früh verlegten die Kriegskrüppel die weiblichen Angestellten, die sich in ihr Amt benehmen wollten. Die Polizei hat indessen die Staatsbahnen-Direktion wieder geräumt. Doch kehrten die Kriegskrüppel nach einer Stunde wieder zurück und haben nach heftigem Kampf das Gebäude wieder besetzt. Die Faschisten und Studenten unterstützen die Kriegskrüppel. Die Staatsbahnen-Direktion verlangte die Intervention der Regierung.

Kommunistenprozesse in der Tschechoslowakei. Im Breich gegen die Kadaver Kommunisten wurde am Mittwoch das Urteil gefällt. Acht Angeklagte wurden zu schwerem Kerker für die Dauer von 6-18 Monaten verurteilt, darunter Japotschek zu 18 und Kuna zu 12 Monaten. Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen. Den Verurteilten wird die Unterstützungsgeld angeordnet. — In ganz Nordwest- und Westdeutschland sind sämtliche kommunistische Jugendorganisationen aufgelöst worden.

Für den Weltfrieden

Zum 1. Mai

Vom Internationalen Gewerkschaftsbund ergeht an die gesamte Arbeiterschaft der Welt der Ruf, sich am 1. Mai zu massiven Kundgebungen zu vereinigen und ihre Solidarität mit den Klassenforderungen des internationalen kämpfenden Proletariats zu bekunden. Auch die deutsche Arbeiterschaft wird sich, wie in früheren Jahren, an dieser Demonstration beteiligen. Mag auch für sie ein Teil der Forderungen erfüllt sein, für deren Erlämpfung vor 32 Jahren die Massaker beschloffen wurde, so bedarf es doch zu ihrer vollen Sicherung der geschäftlichen Einführung in allen Ländern, wie dies von der Washingtoner Internationalen Arbeiterschuttkonferenz verlangt wurde.

Die deutsche Arbeiterschaft weiß sich einig mit der Arbeiterschaft der gesamten Kulturwelt im rastlosen Kampfe für die völlige Verwirklichung des Achtstundentages und der übrigen Forderungen des internationalen Arbeiterschutzes.

Aber die Not der Arbeiterklasse erschöpft sich nicht in drückender Arbeitslosigkeit. Sie wird verschärft durch die Geißel der Arbeitslosigkeit, die täglich größere Opfer fordert. Die deutsche Arbeiterschaft wird besonders schwer getroffen durch die Gewaltpolitik des Ententeimperialismus, der den Krieg gegen das unterlegene Deutschland mit wirtschaftlichen und militärischen Mitteln weiterführt und die Wiedergeburt unseres Wirtschaftslebens hindert.

Die Masskandagebung muß sich zu einem wirksamen Protest gegen diese Vergewaltigungspolitik der kapitalistischen Weltmächte ausprägen. Auch die Arbeiter der Ententeländer leiden unter diesem Widerstand, denn die wirtschaftliche Verarmung Deutschlands legt auch ihre Industrien lähmt. Sie stimmen

mit uns überein in dem Ruf nach einer internationalen Befriedung und Sanierung der Wirtschaft.

Endlich vereinigen wir uns mit ihnen in unserem Kampfe für die Sozialisierung der Produktionsmittel. In den größeren Industrieländern rüstet sich die Arbeiterschaft für die Sozialisierung des Kohlenbergbaues und der Gewinnung der übrigen Erdschätze, die als Grundlage des Wirtschaftslebens bilden. Das Gesamtwohl der Menschheit darf nicht länger einer Handvoll von Monopolisten ausgeliefert bleiben. Der Widerstand der Unternehmerrklasse gegen jeden Fortschritt der Gemeinwirtschaft muß in jedem Kampfe überwunden werden.

Die unterzeichneten Verbände der gewerkschaftlichen Organisationen Deutschlands rufen daher die deutschen Arbeiter und Angestellten auf,

am 1. Mai

in allen Versammlungen zu demonstrieren:

- für die Durchführung des internationalen Arbeiterschutzes in allen Ländern,
- für die wirksame Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch internationale Wirtschaftsgesundung,
- für die Sozialisierung der Bodenschätze,
- für die internationale Arbeiterschuttkonferenz,
- für einen wirklichen Weltfrieden!

Berlin, den 13. April 1921.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Th. Leipart.

Der Vorstand des Allgemeinen freien Angestelltenbundes.

Aufhäuser. Söh.

Die „Rote Fahne“

Die „Rote Fahne“ ist gestern früh trotz der Beschlagnahme der Maschinenliste erschienen. Sie enthält einen Artikel über die „Präventivjustiz“, der im Gegensatz zu einem an der Spitze abgedruckten Aufsatz verhältnismäßig sachlich gehalten ist. Bezeichnend aber für die lediglich agitatorische Einstellung der Kommunisten ist der Inhalt dieses Artikels. Er läßt das geheime Rechnen erkennen: ach, wenn doch die Unabhängigen die Beschlagnahme von Maschinen nicht vorurteillich wärdigen, wie gut könnten wir sie dann bei den Massen demagogisieren. Die Kommunisten sind daher, wie ein Kolch in der Hand, Ausgabe zeigt, bitter enttäuscht, daß wir sofort, und ehe wir wußten, was die Kommunisten sagen werden, mit aller Schärfe nicht nur diese geschwätzige Handlungsweise der Staatsanwaltschaft verurteilt, sondern auch die sofortige Aufhebung dieser Maßnahme gefordert haben.

Leider hat der ewig schwankende „Vorwärts“ sich nicht zu der gleichen Entschiedenheit aufraffen können. Er erklärt nur:

Wir unsererseits haben starke Zweifel, ob sich eine Unbrauchbarmachung der Maschinen rechtmäßig begründen läßt. Es wird hier ein sehr bedenklicher Präzedenzfall geschaffen, der die Aufmerksamkeit der gesamten Presse verdient.“

Demgegenüber möchten wir noch einmal mit aller Entschiedenheit betonen, daß nach unserer Überzeugung, die von allen Juristen geteilt wird, die wir darüber befragt haben, die Maßnahme der Staatsanwaltschaft völlig ungesetzlich ist. Die Unabhängige Partei und die Unabhängige Reichstagsfraktion werden deshalb diese Handlungsweise der Staatsanwaltschaft mit aller Entschiedenheit bekämpfen.

Im Laufe des gestrigen Tages ist der Verlag der „Roten Fahne“ an die „Freiheit“-Druckerei G. m. b. H. herangetreten mit dem Angebot, den Druck der „Roten Fahne“ und den ihrer jährlichen Kopfbücher zu übernehmen. Dieses Angebot ist, wie uns mitgeteilt wird, abschlägig beschieden worden, weil seine Ausführung bei einem solchen kurzfristigen Auftrag technische Schwierigkeiten ergeben würde. Es liegt zur Uebernahme dieses Druckauftrages auch keine Veranlassung vor, da die „Rote Fahne“ ja schon anderweitig gedruckt wird.

Ferner aber war für die Entscheidung der Geschäftsleitung unserer Druckerei maßgebend die Erwägung, daß die kommunistische Partei damit an die Institutionen der Unabhängigen Partei ein Verlangen richtet, dem sie selber stets völlig entgegengekehrt gehandelt hat. In all den zahlreichen Fällen, in denen die Unabhängige Partei nach der Spaltung von Halle ohne eine Zeitung war, haben die Kommunisten die schroffste Haltung uns gegenüber eingenommen. Sie — und nicht die Staatsanwaltschaft — haben ganz offensichtlich das Bestreben verfolgt, die Unabhängige Partei völlig mundtot zu machen. Das ist sogar soweit gegangen, daß die sonst überall anerkannte Neutralität des Inseratenteils von den Kommunisten verletzt wurde. Noch vor wenigen Wochen z. B. ist der Unabhängigen Partei in Weidenburg von dem dortigen kommunistischen Organ sogar die Aufnahme von Versammlungsanzeigen zur Landtagswahl abgelehnt worden.

Den Kommunisten gegenüber zeigt eine andere Haltung als die von ihnen bisher selbst eingenommene zu betätigen, liegt uns so weniger Veranlassung vor, als jede Nummer der „Roten Fahne“ Beschuldigungen an gemeinen Verdächtigungen und Beschimpfungen der Unabhängigen Partei und ihrer Führer enthält. Einem Gegner gegenüber, der sich der größten Unanständigkeit befleißigt, der alles tut, bei anderen unehrliche Absichten zu behaupten, Entgegenkommen zu zeigen, würde einen Mangel an Selbstachtung bedeuten, dessen eine politische Partei nicht fähig sein darf.

Der Prozeß

gegen die Siegessäulenattentäter

Am 18. April findet vor dem Sondergericht beim Landgericht I unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektor Braun die Verhandlung gegen Baumgart und Genossen, die Siegessäulenattentäter, statt. Die bekanntlich vor einigen Wochen kurz vor dem Zustand in Mitteldeutschland das Denkmals an Königsplatz in Jena besichtigt hatten. Während ursprünglich nur gegen sechs Personen Anklage erhoben worden war, ist das Verfahren jetzt auf elf Beteiligten ausgedehnt worden. Der Hauptangeklagte ist der Arbeiter Mewes, der ursprünglich alle Schuld von sich abwälzen und dafür keine Mitäter um so schwerer zu bestrafen versucht hatte. Ferner wurde auch Anklage gegen den Kunstmaler Wolf erhoben, in dessen Haus bekanntlich die Zusammenkünfte der Attentäter stattgefunden haben und der mit seiner Frau anfänglich in Haft genommen, später aber wieder entlassen worden ist. Die Angeklagten haben sich sämtlich wegen Hoherverrats und wegen Vergehens gegen das Sprengstoffgesetz zu verantworten. Die Anklage wird hauptsächlich von Staats-

anwalt Jäger vertreten, während die Angeklagten von den Juristräten Fränkel und Broh verteidigt werden.

Macht, aber keine Rechtsprüche

Die Verhandlungen der Berliner Ausnahmegerichte

In den drei Schwurgerichtssälen tagten am gestrigen Mittwoch die Ausnahmegerichte bei den Landgerichten I, II und III. Vor dem Ausnahmegericht des Landgerichtes I wird munter weiter gegen Zettelaufkleber und Zeitungserkäufer verhandelt. Bei allen Verhandlungen ist der Urteilspruch der gleiche: Wer die „Rote Fahne“ mit dem Aufdruck von Generalstreik vertrieben hat, wird zu 4 Wochen Gefängnis verurteilt. Das Gericht, das kein Ausnahmegericht sein will, spricht gegen unbescholtene Menschen diese hohe Strafe aus, ohne Rücksicht darauf, daß es sich zum Teil um arme Frauen, Arbeitslose und Jugendliche handelt, die sich durch Zeitungserwerb ein paar Pfennige verdienen wollten. Für das Gericht gilt nur die nackte Tatsache des Zeitungserwerbes, und das Fallbeil der „objektiven Behörde der Welt“ tritt in Tätigkeit.

Vor dem Ausnahmegericht des Landgerichtes II hatten sich der 35-jährige Metallarbeiter Biel, der 21-jährige Kupferarbeiter Schünke und der 32-jährige Portierkellner Ebel zu verantworten. Alle drei Angeklagten gehören der K. A. P. D. an, und waren durch einen Parteifunktionär zum 29. März, nachts 3 Uhr, zum südlichen Strassenbahnhof Kniprodstraße geladen. In der Nähe des Bahnhofes trafen sie durch andere Genossen ihrer Partei, daß versucht werden sollte, die Strassenbahner zum Generalstreik zu bewegen. Die drei Angeklagten gingen jedoch nicht zum Bahnhof, sondern wollten wieder nach Hause. Biel hatte, ohne daß es den beiden andern Angeklagten bekannt war, als er sich vor einer Autopatrulle der Schutzpolizei mit anderen Genossen an einem Wartehäuschen der Strassenbahn versteckt, eine Pistole gefunden, die er an sich nahm, um evtl. Unheil zu verhüten. Etwa 2 Kilometer vom Strassenbahnhof entfernt, wurden auf dem Radhauswege die drei Angeklagten von Schutzpolizisten angehalten und nach Waffen durchsucht. Biel gab die Waffe freiwillig ab. Die drei Angeklagten wurden verhaftet und in Untersuchungshaft gestellt, nachdem Biel von den Polizisten mit dem Gewehr bedroht und geschlagen worden sein soll. Schünke und Ebel sagen ebenfalls aus, daß Biel bedroht und geschlagen worden sei. Schünke gibt außerdem an, daß er auf der Wache zu Aussagen gezwungen worden sei, die er nicht aufrecht erhalten könne, ganz besonders bekräftigt er, daß geplant gewesen sei, daß gegen die Strassenbahner Gewalt angewendet werden sollte. Zwei Wachtmeister der Schutzpolizei, die als Zeugen vernommen wurden, sahen aus, daß ihnen von Verhandlungen der Angeklagten nichts bekannt sei. Sie wärdern aber nicht immer auf der Wache gewesen. Interessant ist, daß der eine Wachtmeister auslieferte, daß die Schutzpolizei von Herren des Selbstschutzes, die sich zur Verfügung gestellt hätten, erfahren hätte, daß von den Kommunisten geplant gewesen sei, das Gaswerk zu besetzen. Die Berliner Drachse lebt also noch und arbeitet mit der Schutzpolizei Hand in Hand!

Sogar der Staatsanwalt mußte, da gegen die drei Angeklagten absolut nichts vorlag, die Anklage wegen Aufforderung zum Generalstreik fallen lassen und beantragte für Schünke und Ebel Freilassung, gegen Biel, der es für richtig hielt, zu versuchen, mit Tränen auf das Gericht einen Eindruck zu erwecken wegen Verlustes gegen die Entlassungsverordnung 4 Wochen Gefängnis. Die Verteidiger, Genosse Dr. Siegfried Weinberg und Dr. Frey, forderten ebenfalls Freilassung und Entschädigung wegen der ungeschuldigen erlittenen Untersuchungshaft.

Nach längerer Beratung beschloß das Gericht, die Verhandlung auf Freitag zu versetzen, und einen Vertreter des Strassenbahnhofes zur Vernehmung zu laden, um sich über die Vorgänge auf dem Strassenbahnhof in der fränkischen Nacht zu orientieren. Dieser Beschluß schlägt jedem Rechtsempfinden ins Gesicht. Was haben die Angeklagten mit den Vorwänden auf dem Bahnhof zu tun? Es ist bemerken, daß sie am Bahnhof selbst nicht waren und etwa 2 Kilometer vom Bahnhof entfernt verhaftet wurden, nicht wegen Beobachtung einer strafbaren Handlung, sondern weil bei der Verhaftung ein Revolver gefunden wurde. Gegen dieses unerhörte Vorgehen des Gerichtes, das nach den Worten des Vorsitzenden nur einseitig sein soll, um rasch Urteile zu fällen, muß auf das nachdrücklichste Protest erhoben werden.

Zuchthausurteile in Halle

Halle, 13. April.

Das außerordentliche Gericht verurteilte neun Mitglieder der kommunistischen Partei, bei denen mehrere Männer Ehrenkassette erlunden wurden, mit denen sie das Polizeigebäude in die Luft sprengen wollten, zu Zuchthausstrafen von ein bis sieben Jahren.

Oppositionelle Strömungen in Taran. Oskari, der ehemalige Kultminister, dessen Antrag auf Abklärung im Parlament durchgeföhrt, bereit ist die Provinz und hält Massenversammlungen ab. Die einflussreichen Zeitungen „Macht“ und „Wolfskopf“ unterstützen die Kampagne Diats und sagen, das Parlament vertrete nicht die japanische Nation, das Volk müsse selbst die Macht ergreifen.

Gewerkschaftliches

Kommunistischer Reinfall

Die Branche der Hobler, Bohrer, Stoher, Fräser, eine der größten Branchen des R. A. in Berlin, hielt am Sonntag ihre Branchenversammlung ab. Auf der Tagesordnung stand: Jahresbericht und Neuwahl der Branchensektion. Die Freunde von Moskau hatten schon seit Monaten ihr Augenmerk auf diese Branche gerichtet. Es verging keine Konferenz oder Versammlung, die nicht die eine oder die andere Parole der K. A. P. D. nach vielstündiger Diskussion annahm. Um der verhassten U. S. R.-Ordnungswahl recht viel Schwierigkeiten zu bereiten, hatte man es auch hier auf den Branchensektionen — der ja gleichzeitig die Stimme in der mittleren Ortsverwaltung hat — abgesehen. Man präsentierte also eine Liste der Anhänger des Offenen Briefes der K. A. P. D. Reihlose, und der Spitzenkandidat hielt eine lange Rede gegen die „reformistische“ Ortsverwaltung, wobei ihm das Gedächtnis einfiel, daß der Kapitalismus noch sehr stark sei. Aber Verhandlungen mit dem Unternehmertum bedeuten Sentimentalität und Verrat. Es müsse der offene Kampf aufgenommen werden. Dies sagte derselbe Mann, der als Betriebsrat dauernd verhandelt und demnach stets Berrat gelobt hat. Er rief mit großer Empfindung den verlassenen Kommunistenpartei als resoluten „Aktion“ und empfahl der Versammlung warm, nur die Liste der K. A. P. D. zu wählen.

Kollege Ritter trat diesem Phrasenheld wirksam entgegen, wobei er besonders betonte, daß die Kommunisten wohl laut ihren Leistungen aus der Röhre sprächen, die Differenzen in den Betrieben auf die Spitze treiben, dann aber zu den „Verrätern“ kämen, um Hilfe nachzusuchen. Solche elenden Methoden müssen auf das schärfste gegethelt werden. Großer Beifall lohnte diese Worte.

Bei der Wahl selbst zeigte sich, daß die K. A. P. D. sich stark verhasst hatte, denn ihre Liste wurde mit 3/4 Mehrheit abgelehnt. Die Versammlung war ca. von 800 bis 900 Personen besucht. Gewählt wurde als Leiter der Branche der Genosse Paul Neumann.

Die Kommission besteht ebenfalls aus Gegnern der Moskauer These. Dieser Erfolg ist zum guten Teil dem Umstand zu verdanken, daß unsere Genossen sich durch den Anruf der Kommunisten nicht aus der Versammlung drängeln ließen, sondern bis zum Schluß aushielten.

Delegiertenwahl im Zentralverband

Für die Ortsgruppe Groß-Berlin findet heute in der Zeit von 12-9 Uhr die Wahl der Delegierten zum diesjährigen Verbandstages in 32 Wahllokale statt. Die Ortsverwaltung hat die sich aus den Fachgruppenvertretern zusammensetzende, hat eine Liste von Kandidaten zur Wahl aufgestellt, die jede politische Färbung der Gewerkschaften bekämpfen und den gewerkschaftlichen Klassenkampf vertreten. Die Gegner dieser Liste sind einseitig politisch verfaßt und schwächen dadurch die Kampfkraft des Verbandes gegen den einzigen Feind der Angestellten, die Unternehmer. Deshalb muß heute jedes Mitglied des Zentralverbandes der Angestellten die

Liste 1

(Liste der Ortsverwaltung) wählen, welche folgende Namen enthält: Hugo Cohn, Karl Bublitz, Erich Matan, Fritz Schmidt, Grete Weinberg, Julius Jacobowich, Ernst Meyer, Ludwig Gomer, Grete Schner, Max Schröder, Paul Bierath, Clemens Wörpel, Willi Hesse, Hans Rietel, Hermann Niebel. — Die Wahllokale sind an den Lisafahnen bekanntgemacht.

Friseur

Heute findet eine öffentliche Versammlung im großen Saal, Sophienstraße 17-18, abends 8 Uhr, statt, in der Genosse Hechtold über die Ablehnung der dreiprozentigen Feuerumlage seitens der Arbeitgeber referieren wird. Kollegen, eschänt in Massen, legt Protest ein gegen diese Willkür der Arbeitgeber. Die Arbeitgeber, Innungen, und Vereinigungsvorstände sind hierdurch eingeladen. Der Vorstand des Arbeitnehmersverbandes Groß-Berlin.

SPD.-Praktiken

Buchdrucker! Dienstag abend hatten die SPD.-Buchdrucker eine Versammlung einberufen, und dazu alle aus dem Boden praktischer Gewerkschaftsarbeit stehende Berufsangehörigen eingeladen, aber doch schamhaft die Firma der K. A. P. D. verschmähen. Der Verkauf der Versammlung zeigte, daß die K. A. P. D. in Bezug auf Zellenbildung den Kommunisten nicht nachsteht. Verbandsoffizianten machten Mittelungen über bisher noch interne Tatzangelegenheiten. Man versuchte den Erschienenen die Tarifregelung schmackhaft zu machen, obwohl man sich klar war, daß die erneute Ausschaltung der Klasse A unter den Kollegen starke Erregung hervorrufen wird. Ein Grenzschmägen vor der Opposition soll nun das Mittel sein, die K. A. P. D.-Kollegen zu veranlassen, dem schon getroffenen Abkommen noch nachträglich ihre Zustimmung zu geben.

Drohender Streik in der Zementindustrie. Am 23. März 1921 wubden den Belegschaften der Zementwerke Kallberg & Rüdersdorf durch Schiedspruch von den gelebten 50 Proz. 15 Proz. zugesprochen. Trotzdem die jetzigen Löhne bei Beibehaltung nur 4,40 M. pro Stunde betragen, haben die Arbeiter geher den Schiedspruch abgelehnt. Auf dringendes Nachsuchen beim Demobilisationskommissar soll nun am Freitag, den 18. 4., eine letzte Verhandlung stattfinden. Sollte es dort nicht zur Einigung kommen, so ist der Streik unvermeidlich und ist ein harter Kampf zu erwarten, zumal der geschlossene Front der Arbeitgeber eine geschlossene Front der Arbeitnehmer gegenübersteht und die Führung in den Händen der dort neugegründeten Gewerkschaftskommission ruht. Die gesamte Stein- und Zementindustrie kann dadurch lahmgelegt werden.

U. S. R.-Maler, Lackierer, Anstreicher! Donnerstag, den 14. d. M., findet in den Malfachern die Fortsetzung der Generalversammlung statt. Alle unsere Anhänger werden aufgefordert, bei der Anstellung von Kollegen zur Verbandsgeneralversammlung die von Betriebsräten und Vertrauensleuten aufgestellte Liste zu wählen. Dasselbe gilt für die Wahlen zur Berliner Ortsverwaltung, die ebenfalls stattfinden. Kollegen muß die letzten Stunden, werbt und agitiert in unserem Sinne! Erhalten rechtzeitig, so daß endlich statt Hadaupolitik praktische Gewerkschaftsarbeit geleistet werden kann.

Bauarbeiter! Am Mittwoch, den 13. April, nahmen die Streikenden der Stud- und Gipsobau-Ange Stellung zu den vom Schlichtungsausschuß am 12. 4. gefällten Schiedspruch. Die Sektionsleitung gab den Bericht der Verhandlungen, und erläuterte das Für und Wider des Schiedspruchs. Nach reichlicher Diskussion, in welcher hauptsächlich die Regelung der Lohnfrage, die Unfallversicherung, die Fahrgehalte und Lohnzettel, sowie der Zusatz des § 6 des Arbeitsnachwehrgesetzes einer kritischen Kritik unterzogen wurden, lehnte die Versammlung mit großer Majorität den Schiedspruch ab. Die Streikleitung so wert die Kollegen (Maurer) auf doch sie überall dort, wo sie in Massenwärdenkäuffen verwandt werden sollen, diese Arbeit zu verweigern haben, da es Streikarbeit ist. Wir trösten solche Fälle vorzuziehen, ersehen wir die Bauarbeiterfrage, dies der Streikleitung nach dem Gewerkschaftshaus zu melden. Die Streikkommission.

zu erhöhen. Diese Erhöhung ist zum kleinsten Teil auf die Erhöhung der Gehalts- und Verdienstmehrsätze zurückzuführen; die Erhöhung der Lohnsteuer, der Umsatzsteuer und der allgemeinen sonstigen Unkosten, sowie die Heraushebung des Meisterverdienstes, spielen eine weit größere Rolle dabei. Immerhin haben die Vorschläge ergeben, daß eine Erhöhung nicht zu vermeiden war, wenn überhaupt der seit einem Jahre ununterbrochen gebliebene Lohn der Gesellen und der sonstigen Angestellten eine Verbesserung erfahren sollte. Die Unabhängigen hielten die Festsetzung eines Brotpreises von 4,95 M. für ausreichend, hielten jedoch mit diesem Vorschlag in der Minderheit. Der kommunistische Vertreter wollte überhaupt keine Erhöhung zustimmen, bemerkte aber dabei selber, daß er genau wisse, daß sein Antrag nur agitatorische Bedeutung habe. In dieser Gewissenlosigkeit konnten sich selbstverständlich die unabhängigen Vertreter bei der Tatsache, daß eine Erhöhung der Produktionskosten unzulässig ist und auch die Bäckerfrauen und Verkäuferinnen Anspruch auf eine menschenwürdige Existenz haben, nicht aufhängen.

Der Brotpreis ist somit von 4,80 M. auf 5 M. heraufgesetzt worden, der Preis für das Kleingebäck von 14 auf 15 Pf. (obwohl als Produktionskosten beim Kleingebäck 15,1 Pf. errechnet worden sind), für 1000 Gramm Krankeurot ein Preis von 3 M. Der Tag des Inkrafttretens der neuen Preise wird noch bekannt gegeben. Bis zu dieser Bekanntmachung bleiben die alten Preise in Kraft, worauf wir unsere Leser besonders hinweisen wollen. Von dem Zeitpunkt der Erhöhung ab dürfen auf eine Brotkarte anstatt der bisherigen 8 Stück, 10 Stück Kleingebäck entnommen, auch das Brotarmenmehl ohne vorherige Anmeldung bezogen werden.

Mieter und Hausbesitzer

Eine Extra-Ausgabe der „Berliner Mieter-Zeitung“ fordert neuerdings zur Befolgung des Mieterstreiks auf. Der größte Teil der von der Mieterorganisation aufgestellten Forderungen ist stets von den sozialistischen Parteien mit aller Energie vertreten worden. Eine weitere Aktion auf diesem Gebiet steht bevor. Es ist insoweit nicht zu bezweifeln, wenn behauptet wird, daß die Mieterorganisation alle Mittel erschöpft habe, um zur Berücksichtigung der Forderungen der Mieter zu kommen.

Wir hätten aber von diesem neuerlichen Aufstand keine Kenntnis genommen, wenn aus ihm hervorgehen würde, welche Unklarheit in den Köpfen dieser Leute besteht und welche unläuterer Mittel sie sich bedienen, um die Mieter zu einer Aktion zu veranlassen, die diesen nur schädlich sein kann. Auf der Vorderseite dieses Blattes heißt es z. B.: „Stellt der geschlossenen Front des organisierten Hausbesitzes die geschlossene Front der organisierten Mieterfront entgegen.“ Wendet man aber das Blatt um, so heißt es am Schluß dieser Rückseite: „Mieterinnen und Mieter, folgt der Parole des Verbandes, zahlt keine Miete mehr, die Hauswirte sind zum größten Teil auf eurer Seite. Denn ihr seid frei von Hypotheken und sonstigen Schulden.“ Während also zuerst ganz hypothetisch der Gegensatz zwischen Hausbesitzern und Mietern aufgestellt wird, wird am Schluß den Mietern ein gemeinsames Interesse bestritten.

Das allein sollte genügen, um jeden einsichtigen Menschen zu veranlassen, keine Bewegung mitzumachen, die nur ihm selbst schaden kann und die eingeleitet worden ist, ohne jede Beratung mit den Arbeiterorganisationen und den sozialistischen Fraktionen, die den Behörden und öffentlichen Körperschaften gegenüber die Interessen der Mieter zu vertreten haben.

Immer wieder Klagen

Zu dem unter dieser Überschrift erschienenen Artikel in Nr. 158 der „Freiheit“, lautet uns der Vermieterbesitzer Ehrlich eine sehr umfangreiche Berichtigung, die wir nicht wörtlich abdrucken können. Wir entnehmen daraus, daß er nicht allein bei der Abhängigkeit der Wohnungen gewirkt habe, sondern daß noch andere Mitglieder des Mietvereins amtsamt beigegeben seien. Unverständlich ist in der Berichtigung, daß Herr Ehrlich erklärt, bei der Beschäftigung und Abhängigkeit der Wohnung, nicht als Taxator, sondern als Vermieterbesitzer zugegen gewesen zu sein. Es kommt doch auf die ausgeübte Tätigkeit an und nicht auf die amtliche Eigenschaft, in der jemand mitzuwirken vorgibt. Die zahlenmäßigen Angaben von der Erhöhung der Pensionsmiete, auf die es im wesentlichen ankommt, werden in der Berichtigung überhaupt nicht bestritten. Die Schädigung unseres Gewährmannes über den Zustand der Wohnungen wird nicht im mindesten abgemildert, wenn der Einsender der Berichtigung den ziemlich abgenutzten Einwand der Hausbesitzer vorbringt: die Mieter seien an dem Zustand der Wohnungen selbst schuld.

Im übrigen aber brauchen sich weder Hausbesitzer noch Vermieterbesitzer von Mietvereinsmitgliedern zu wundern, wenn alle Entscheidungen der Wohnungsbehörden von der Bevölkerung mit dem größten Mißtrauen aufgenommen werden. Diese Behörden arbeiten so bürokratisch, behandeln zum größten Teil das Pu-

blikum so miserabel, und bemühen sich verhältnismäßig so wenig, die sozialen Ungerechtigkeiten in der Verteilung der vorhandenen Wohnräume zu beseitigen, daß dadurch jedes Mißtrauen ihnen gegenüber berechtigt ist.

Die „Bedürfnisfrage“

Ein Leser unseres Blattes sendet uns eine Notiz, aus der hervorgeht, in welcher Weise gerade die westlichen Wohnungsämter Berlins Räume für Kinos, Bars und Dancs vergeben, die für Wohnzwecke nutzbar gemacht werden könnten.

In der kurzen Markburger Straße sind innerhalb weniger Wochen folgende „lebensnotwendige“ Betriebe — in lustspieliger moderner Aufmachung selbstverständlich — neu entstanden und eröffnet worden: ein für Zeit und Gegen typisches Monte-Casino mit Weinrestaurant und Bar, gegenüber in elegantem Stil Café und Konditorei Kristall, ein Stück weiter ein Café zur Post, daneben ein Café Markburg. Uebrigens ist vis-à-vis einem Polizeibureau nicht weit davon, am Wittenberg-Platz, kann der beschränkte Untertanenstand in einem Gebäude im Erdgeschoss ein Kino und darüber in einer Wohnung im Hochparterre eine Bristol. Diese bewundern. Alles in allem schon bei diesen paar Beispielen eine ganze Anzahl Räumlichkeiten, die bereits verlassenen wohnungslosen Familien hätten eine Unterkunft bieten können. Aber: Reppen ist notwendig. Wohnen ist nicht notwendig. — So könnte man frei nach einem bekannten Spruch sagen.

Kleine Anfrage an die zuständigen Wohnungsämter: heißt das die vielgerühmte Bedürfnisfrage stellen und prüfen? Für wen sind bezahlte Lokalitäten ein „Bedürfnis“? U. A. M. G.

Gegen die Gültigkeit der Berliner Bezirkswahlen. Der Vorschlagsvorstand der Deutschen Volkspartei in der Berliner Stadtverordnetenversammlung hat seine Klage gegen die Gültigkeit der Stadtverordnetenwahlen jetzt auf die Ungültigkeit der Wahlen zu den Bezirksversammlungen Groß-Berlins ausgedehnt. Der Bezirksauswahlsch Groß-Berlin hat, wie bekannt, nur die Stadtverordnetenwahlen für ungültig erklärt. Das Oberverwaltungsgericht wird demnach auch über das rechtmäßige Zustandekommen der Bezirkswahlen zu entscheiden haben. — Merkt die Deutsche Volkspartei endlich, auf wie unhaltbarer juristischer Grundlage ihr Antrag auf Ungültigkeitserklärung der Berliner Wahlen beruht?

Tagegelder sind keine Steuern, sondern die aus öffentlichen Kassen gewährt werden, sind steuerfrei. Der Reichsminister der Finanzen hat entschieden, daß bei Ermittlung des steuerpflichtigen Einkommens diese außer Berechnung bleiben, mit hin steuerfrei sind. Dies gründet sich auf § 24 Abs. 2 des Einkommensteuergesetzes vom 29. März 1920.

Ein anerkannter Beschluss. Der Magistrat beschloß in seiner gestrigen Sitzung, in der Hausordnung für die Erziehungsanstalten „Straußhof“ und „Lindenhof“ die Bestimmung über die Verbodung der Prügelstrafe aufzuheben.

Schutz den Parkanlagen! Bei Beginn der Vegetation steht sich die städtische Parkverwaltung veranlaßt, die Bitte an die Einwohner zu richten, ihr dabei zu helfen, daß die öffentlichen Parkanlagen vor Verwüstungen geschützt werden. Trotz aller Ermahnungen muß leider immer wieder die Erfahrung gemacht werden, daß kaum aufgedrochene Blüten, die viele Leute erfreuen könnten, abgepickt, oder daß gar die ganzen Pflanzen mit den Wurzeln herausgerissen werden. Die Parkwächter finden sogar nicht einmal immer die nötigste Unterstützung des Publikums, wenn sie gegen Verleumdungen einfordern. Im Interesse der Sache kann daher nicht häufig genug darauf hingewiesen werden, wie notwendig es ist, daß der besonnenste Teil der Bürgerschaft mitwirkt, die Anlagen zu schützen.

12. Verwaltungsbezirk (Steglich, Rankwitz, Lichterfelde). Abends 7 Uhr, im großen Saal des Steglitzer Rathauses: Sitzung der Bezirksverordneten und der kommunalen Kommission, der Vertreter der Elternräte und Arbeiterräte. Tagesordnung: Vortrag des Stadtrats Gen. Schilling-Berlin über: Berlin als Hafenstadt. Es ist Pflicht der Genossen, zu erscheinen. Der Vorstand.

Milchlieferung. Am Donnerstag, den 14., und Freitag, den 15. d. M., werden die „D 1“ und „D 2“ Karten mit je 1/2 Liter Frischmilch beliefert. Die „D 3“ Karten erhalten keine Milch. Am Donnerstag, den 14. d. Mts., werden die 1/2 Liter Krankenkarten mit Frischmilch bedient, mit Ausnahme der Bezirke 5, 6, 7 und 8. Als Ersatz für die ausfallende Frischmilch in diesen Bezirken wird 1/2 Liter Emulsionsmilch vorausgab. Am Freitag, den 15. d. Mts., werden die 1/2 Liter Krankenkarten mit Frischmilch bedient, mit Ausnahme der Bezirke 1, 2, 3, 4 und 9. Als Ersatz für die ausfallende Frischmilch in diesen Bezirken wird 1/2 Liter Emulsionsmilch vorausgab.

Krankenernährung in Neukölln. Zur Vermeidung von Unterbrechungen in der Durchführung der Krankenernährung ist es erforderlich, daß Erneuerungsanträge regelmäßig in der ersten Hälfte des betreffenden Monats bei der Antikoststelle anzufragen werden, da andernfalls für eine solche Erneuerung nicht garantiert werden kann. Den Gesuchen sind Akte und Belege

zeitlich nötigenfalls beizufügen. Für die im südlichen Teil Neuköllns wohnhaften Personen empfiehlt sich die Benutzung der auf dem Grundstück Cannerstraße 42 belegenen Kaisewage. Für Einwohner im nördlichen Teil ist die auf dem Reuterplatz belegene Kaisewage zuständig.

Auhebung eines Diebstahls. In der Kolonie „Alt-Berlin“ an der Kurischen Straße wurden gestern in einer Laube, die dem Ehepaar Kauf gehört, 27 Ballen Herren- und Damenstoffe vom Beamten der Kriminalpolizei gefunden und beschlagnahmt. Eine Durchsuchung der Wohnung des Ehepaares im Hause Kalkenburger Straße 2 förderte weitere 3 Ballen Stoffe sowie 10 000 Zigarren und Zigaretten zutage. Der Gesamtwert der Waren, die allen Anschein nach gestohlen worden sind, beträgt etwa 60 000 Mark.

Brandstiftung in Wädern? Gestern vormittag gegen 11 1/2 Uhr entstand in dem Walde bei Frohnau ein Brand, der schnell eine größere Ausdehnung annahm. Die alarmierte Feuerwehr konnte erst nach angelegtem zweifelhafte Lösliche wieder abdrücken. Nachmittags gegen 4 1/2 Uhr brannten in der Cöpenicker Forst etwa 300 Quadratmeter Unterholz ab. — Um 6 Uhr abends wurde die Feuerwehr abermals nach dem Frohnauer Walde gerufen, wo nahe der Münchener Straße der Wald in Flammen stand. Hier konnte so rechtzeitig eingegriffen werden, daß die Ausdehnung des Brandes auf etwa 25 Quadratmeter beschränkt blieb. In allen Fällen scheint Brandstiftung vorzuliegen.

Aus den Organisationen

Donnerstag, 14. März

8. 7. 8. März und Stralau. Abends 7 Uhr Sitzung der Arbeitskommission des Mittel- und Ostpreussischen Gewerkschaftsbundes. 12. 7. 8. März. Abends 7 Uhr Sitzung der Gewerkschaften im Westpreussischen Gewerkschaftsbund. 13. 7. 8. März. Abends 7 Uhr Sitzung der Gewerkschaften im Ostpreussischen Gewerkschaftsbund. Die für heute angeordnete Versammlung der Elternräte findet abends 7 Uhr bei Kalkenburger, Str. 4, statt.

Freitag, 15. März

8. 14. 15. März. Abends 7 Uhr Monatsversammlung der Gewerkschaften im Westpreussischen Gewerkschaftsbund. 9. 14. 15. März. Abends 7 Uhr Monatsversammlung der Gewerkschaften im Ostpreussischen Gewerkschaftsbund. 10. 14. 15. März. Abends 7 Uhr Monatsversammlung der Gewerkschaften im Mittelpreussischen Gewerkschaftsbund. 11. 14. 15. März. Abends 7 Uhr Monatsversammlung der Gewerkschaften im Nordpreussischen Gewerkschaftsbund. 12. 14. 15. März. Abends 7 Uhr Monatsversammlung der Gewerkschaften im Südpreussischen Gewerkschaftsbund. 13. 14. 15. März. Abends 7 Uhr Monatsversammlung der Gewerkschaften im Westfälischen Gewerkschaftsbund. 14. 14. 15. März. Abends 7 Uhr Monatsversammlung der Gewerkschaften im Rheinischen Gewerkschaftsbund. 15. 14. 15. März. Abends 7 Uhr Monatsversammlung der Gewerkschaften im Sächsischen Gewerkschaftsbund. 16. 14. 15. März. Abends 7 Uhr Monatsversammlung der Gewerkschaften im Thüringischen Gewerkschaftsbund. 17. 14. 15. März. Abends 7 Uhr Monatsversammlung der Gewerkschaften im Preussischen Gewerkschaftsbund. 18. 14. 15. März. Abends 7 Uhr Monatsversammlung der Gewerkschaften im Deutschen Gewerkschaftsbund. 19. 14. 15. März. Abends 7 Uhr Monatsversammlung der Gewerkschaften im Internationalen Gewerkschaftsbund. 20. 14. 15. März. Abends 7 Uhr Monatsversammlung der Gewerkschaften im Allgemeinen Gewerkschaftsbund. 21. 14. 15. März. Abends 7 Uhr Monatsversammlung der Gewerkschaften im Weltgewerkschaftsbund. 22. 14. 15. März. Abends 7 Uhr Monatsversammlung der Gewerkschaften im Weltgewerkschaftsbund.

Vereinskalender

Donnerstag, 14. März

Verband der Arbeiter. Abends 7 Uhr. Ober- und Unter-Bezirk. 12. Vortrag des Gewerkschaftsbundes. 13. Vortrag des Gewerkschaftsbundes. 14. Vortrag des Gewerkschaftsbundes. 15. Vortrag des Gewerkschaftsbundes. 16. Vortrag des Gewerkschaftsbundes. 17. Vortrag des Gewerkschaftsbundes. 18. Vortrag des Gewerkschaftsbundes. 19. Vortrag des Gewerkschaftsbundes. 20. Vortrag des Gewerkschaftsbundes. 21. Vortrag des Gewerkschaftsbundes. 22. Vortrag des Gewerkschaftsbundes. 23. Vortrag des Gewerkschaftsbundes. 24. Vortrag des Gewerkschaftsbundes. 25. Vortrag des Gewerkschaftsbundes. 26. Vortrag des Gewerkschaftsbundes. 27. Vortrag des Gewerkschaftsbundes. 28. Vortrag des Gewerkschaftsbundes. 29. Vortrag des Gewerkschaftsbundes. 30. Vortrag des Gewerkschaftsbundes. 31. Vortrag des Gewerkschaftsbundes.

Freitag, 15. März

Verband der Arbeiter. Abends 7 Uhr. Ober- und Unter-Bezirk. 12. Vortrag des Gewerkschaftsbundes. 13. Vortrag des Gewerkschaftsbundes. 14. Vortrag des Gewerkschaftsbundes. 15. Vortrag des Gewerkschaftsbundes. 16. Vortrag des Gewerkschaftsbundes. 17. Vortrag des Gewerkschaftsbundes. 18. Vortrag des Gewerkschaftsbundes. 19. Vortrag des Gewerkschaftsbundes. 20. Vortrag des Gewerkschaftsbundes. 21. Vortrag des Gewerkschaftsbundes. 22. Vortrag des Gewerkschaftsbundes. 23. Vortrag des Gewerkschaftsbundes. 24. Vortrag des Gewerkschaftsbundes. 25. Vortrag des Gewerkschaftsbundes. 26. Vortrag des Gewerkschaftsbundes. 27. Vortrag des Gewerkschaftsbundes. 28. Vortrag des Gewerkschaftsbundes. 29. Vortrag des Gewerkschaftsbundes. 30. Vortrag des Gewerkschaftsbundes. 31. Vortrag des Gewerkschaftsbundes.

Weinbrand-Verschchnitt
23⁵⁰ 45⁰⁰ 26⁰⁰ 50⁰⁰

Billige Lebensmittel

Frischer Maitran
4⁰⁰ 7⁵⁰ 6⁵⁰ 12⁵⁰

Wurst

Rotwurst	Pfund	11 ⁰⁰
Landleberwurst	Pfund	12 ⁰⁰
Sülzwurst	Pfund	14 ⁰⁰
Fleischwurst	Pfund	19 ⁰⁰
Grobe Mettwurst	Pfd.	18 ⁰⁰
Hausm.-Leberwurst	Pfd.	20 ⁰⁰
Mettwurst	Pfund	22 ⁰⁰
Teewurst	Pfund	25 ⁰⁰

Gemüse - Obst

Spinal	Pfund	50 Pf.
Maikräuter	Bund	12 Pf.
Rhabarber	Pfund	50 Pf.
Maronen	Pfund	95 Pf.
Blumenkohl	Keil von	290
Zwiebeln	Pfund	45 Pf.
Zitronen	3 Stück	95 Pf.
Apfelsinen	Stück von	50 Pf.
Kochu. Essäpfel	Pfund	295
Suppenerbsen	2-Pfund-Dose	4 ⁸⁰
Junge Erbsen	2-Pfund-Dose	5 ⁵⁰

Fleisch

Suppenfleisch	gefroren	Pfund	7 ⁰⁰
Schmorfleisch	gefroren	Pfund	8 ⁰⁰
Schweinefilet	gefroren	Pfund	8 ⁰⁰

Billiger Fischverkauf

Lebende Karpfen	Pfund	12 ⁰⁰
Lebende Hechte	Pfund	10 ⁵⁰
Lebende Bleie	Pfund	7 ⁰⁰

Kaobsvorderfleisch frisch	Pfund	6 ⁵⁰
Kalbskeule frisch	Pfund	10 ⁰⁰
Gehacktes Rind- und Schweinefleisch frisch	Pfund	10 ⁰⁰

Leberwurst

4-Pfund-Dose 7²⁵ 2-Pfund-Dose 3⁵⁰

Amerik. Rückenspeck

7²⁵

Ausgelass. Rinderfalg

7²⁵

Butterfett

10⁰⁰

Gefrorene Kaninchen

ohne Kopf und Füße Pfund 4⁰⁰

Brechspargel

sehr stark 2-Pfund-Dose 13⁰⁰

Stangenspargel

sehr stark 2-Pfund-Dose 14⁷⁵

Margarine

8⁰⁰

Amerik. Vollmilch

Dose 7²⁵

Gezuck. Magermilch

Dose 5⁹⁵

Apfelsmus

2-Pfund-Dose 3³⁵

Stachelbeeren

2-Pfund-Dose 4⁵⁰

Räucherwaren

Sprollen	Pfund	6 ⁵⁰
Seelachs	Pfund	4 ⁰⁰
Makrelebücklinge	Pfund	2 ⁵⁰
Lachsheringe	Stück	1 ⁵⁰
Engl. Maljesheringe	Stück	2 ⁵⁰
Harzerkäse	Pfund	7 ⁰⁰
Goudakäse	Pfund	10 ⁵⁰
Tilsiterkäse	Pfund	5 ⁷⁵
Landkäse	Pfund	7 ⁰⁰

Kolonialwaren

Weisse Bohnen	Pfund	8 ⁵⁰
Braune Bohnen	Pfund	8 ⁰⁰
Viktoria-Erbsen	Pfund	1 ⁹⁵
Grüne Erbsen	Pfund	1 ⁸⁵
Hajerflocken	Pfund	2 ⁴⁰
Kartoffelmehl	Pfund	3 ⁴⁰
Tafelreis	Pfund	2 ⁶⁰
Gebrannter Kaffee	Pfd.	19 ⁵⁰

HERMANN TIETZ

Sonder-Angebot
Verkauf im Ue theil
Keksmischung lose... Pfund 6⁷⁵

